

## BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

### NEWSLETTER AUSGABE 1/2009

1. EDITORIAL
  - Theo W. Länge, Vorsitzender
2. „DEMOKRATISCHES BEWUSSTSEIN WÄCHST NICHT VON SELBST“
  - Interview mit Prof. Dirk Lange, Universität Oldenburg
3. KRISENZEITEN FÜR WEITERBILDUNG NUTZEN
  - In Köpfe und Gebäude investieren – bap-Verlautbarung zum Konjunkturpaket
4. SCHAVAN: „WEITERENTWICKLUNG DES BILDUNGSSYSTEMS ALS ZUKUNFTSAUFGABE“
  - 11 Mio. EUR aus dem Konjunkturprogramm II für Bildung
5. AKTIONSTAGE POLITISCHE BILDUNG VOM 5. BIS 23. MAI 2009
  - Preis Politische Bildung und Lange
6. „ORTE DER VIELFALT“ GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE
  - Bewerbungen noch bis zum 28. Februar 2009 möglich
7. PRAXIS POLITISCHE BILDUNG 1/2009 ERSCHIENEN
  - Thema: „Politische Bildung im Wahljahr“
8. AUS DEM BUNDESTAG UND DEN AUSSCHÜSSEN
  - Themen u. a.: Konjunkturpaket, Rechtsextremismus und Integration
9. TERMINE UND HINWEISE
  - Informationen aus der Politischen Bildung

## 1. EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

„Sehen Sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ Die Antwort auf die Frage, die das Institut für Demoskopie Allensbach seit 1949 traditionell zum Jahreswechsel an die Bevölkerung richtet, überrascht wohl kaum: Nur 34 Prozent sind mit Blick auf 2009 hoffnungsvoll. 28 Prozent äußern Befürchtungen, und 30 Prozent schauen skeptisch in die Zukunft. Zum Jahreswechsel 2007/2008 war noch jeder Zweite optimistisch. Die Deutschen gehen angesichts von Finanzkrise und schlechten Konjunkturaussichten zumindest mit Verunsicherung in das Jahr 2009.

Was aber bedeutet dies mit Blick auf die Politische Bildung? Dieser Frage wollen wir in diesem Newsletter unter anderem nachgehen. „Demokratiebewußtsein wächst nicht von selbst“, konstatiert Dirk Lange, Professor für Didaktik der Politischen Bildung, im bap-Interview, sondern „muss in den Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Herausforderungen einer Zeit aktualisiert werden“. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Stärkung von Bürgerkompetenzen jedes Einzelnen, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen sowie das Verständnis für die gemeinsamen Werte und die Achtung der Grundsätze der Demokratie zu festigen. Gerade Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit wie auch der allgemeinen und politischen

Erwachsenenbildung tragen zum Erwerb gesellschaftlicher Kompetenzen bei und ermöglichen aktive und verantwortliche Mitwirkung an politischen Prozessen. Und dies nicht nur aber gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Politische Bildung hat die Aufgabe, sich mit der Distanz und dem Desinteresse gegenüber der Politik auseinander zu setzen. Der amerikanische Wahlkampf und das „Phänomen Obama“ haben uns eindrucksvoll vor Augen geführt, wie ein ganzes Land in Aufbruchstimmung geraten kann. Ob wir in Deutschland im Superwahljahr amerikanische Verhältnisse bekommen oder überhaupt wollen, sei einmal dahingestellt. Fest steht: es kann gelingen, weite Teile der Bevölkerung für Politik und demokratische Prozesse zu interessieren. Praxis Politische Bildung beschäftigt sich in der aktuellen Ausgabe mit der Rolle von „Politischer Bildung im Wahljahr“, stellt Konzepte Politischer Bildung vor und analysiert die Rolle des Internets als partizipationsförderndes Medium.

2009 ist in Deutschland nicht nur Wahljahr, sondern auch ein Jahr der Jubiläen. Wir feiern 20 Jahre friedliche Revolution und 60 Jahre Grundgesetz. Die Aktionstage Politische Bildung, die dieses Jahr zum fünften Mal stattfinden - auch ein kleines Jubiläum – finden Ihren Abschluss daher am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, in einer „Langen Nacht der Demokratie“ in der ehemaligen Bundeshauptstadt. Ich darf Sie heute schon herzlich einladen, mitzufeiern und damit zum Ausdruck zu bringen, wie lebendig unsere Demokratie auch heute noch ist.

Herzlich

Ihr

Theo W. Länge  
Vorsitzender bap

[zur Übersicht](#)

## 2. DEMOKRATISCHES BEWUSSTSEIN WÄCHST NICHT VON SELBST

Interview mit Prof. Dirk Lange, Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

---

Als Reaktion auf Fachkräftemangel und PISA wird das naturwissenschaftlich-technische Lernen gestärkt, das gesellschaftliche Lernen dagegen gerät immer mehr ins Hintertreffen. Der bap sprach mit Dirk Lange, Professor für die Didaktik der Politischen Bildung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) über die Bedeutung der Politischen Bildung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und die Anforderungen, die daraus an Politik, Gesellschaft und die Träger der Politischen Bildung selber erwachsen.

### **bap: Ist die Politische Bildung der PISA-Verlierer?**

Ja, eindeutig! Die OECD, der Auftraggeber der PISA-Studien, ist eine internationale Organisation, die die Untersuchung entsprechend der eigenen wirtschaftsbezogenen Interessen angelegt hat. Das ist völlig legitim. Sie hat sich dazu entschlossen die sprachlichen, die mathematischen und die naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern regelmäßig zu testen. Der gesamte gesellschaftswissenschaftliche Bereich wie beispielsweise Geschichte, Politik, Ethik, Wirtschaft, Geographie wurde von der OECD ignoriert. Dagegen ist nichts einzuwenden, mag man doch argumentieren, dass die Politische Bildung als verbindendes Prinzip dieser Unterrichtsfächer für die Reflexion der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit weniger bedeutsam erscheint. Ein Skandal ist aber, dass sich die öffentliche Bildungspolitik diese wissenschaftlich nicht

reflektierte Auswahl sukzessive zu Eigen gemacht hat und inzwischen als Steuerungsinstrument nutzt.

**bap: Welche Folgen hat das für die Bildungspolitik in Deutschland?**

Die PISA-Vergleichstudien entfalteten seit 2001 eine enorme Bedeutung für den bildungspolitischen Diskurs in Deutschland. Die zweijährig präsentierten Ergebnisse sind zu einem Gradmesser des Erfolgs bildungspolitischer Maßnahmen geworden. Einige Bundesländer steuern ihre Bildungssysteme mit dem kurzfristigen Ziel um, bei der nächsten Vergleichstudie besser abzuschneiden. Die von einer wirtschaftlichen Interessenorganisation aufgestellten Vergleichskriterien und Lernfelder sind so zu einem Maßstab der Qualität eines Bildungssystems geworden. Die Unterrichtsfächer des gesellschaftswissenschaftlichen Bildungsbereichs werden mehr oder weniger als Rest betrachtet, der nicht weiter entwickelt werden muss, da er im PISA-Ranking sowieso nicht gemessen wird. Das hat - je nach Bundesland - fatale Konsequenzen: Die Politische Bildung büßt auf der Stundentafel ein, wird mit anderen Fächern zusammengelegt, ist nicht mehr Abiturprüfungsfach usw. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hielt es nicht mal mehr für nötig, für Politische Bildung bundeseinheitliche Bildungsstandards zu entwickeln. So gerät das Fach auf das Abstellgleis.

**bap: Was bedeutet das für die Organisationen der Politischen Bildung?**

Wir können nicht auf die OECD hoffen. Wir müssen dringend und nachhaltig auf die Bildungspolitik einwirken. Die politischen, moralischen und historischen Kompetenzen mögen für eine internationale Organisation irrelevant sein. Für die Gesellschaft sind sie es nicht! Die Schule ist dringend aufgefordert, der Politischen Bildung wieder mehr Bedeutung beizumessen. Hierzu muss der gesellschaftswissenschaftliche Lernbereich dem naturwissenschaftlichen in Umgang und Relevanz gleichgestellt werden.

**bap: Wächst nicht gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Bedeutung von Politischer Bildung?**

Die Politische Bildung ist in schwierigen Zeiten genauso bedeutsam wie in besseren Zeiten. Demokratisches Bewusstsein wächst nicht von selbst. Es muss in den Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Herausforderungen einer Zeit aktualisiert werden. Deshalb müssen wir in der Politischen Bildung Reibungsflächen anbieten, die kontrovers zu politischen Vorstellungen der Teilnehmenden sind. Nicht nur der Wandel, auch die Bestätigung von Positionen kann nur aus der kritischen Urteilsbildung hervorgehen.

**bap: Inwiefern werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise die bildungspolitische Diskussion bestimmen?**

Die Wirtschaftskrise wird in den nächsten Jahren die unterschiedlichsten Politikfelder und Lebensbereiche erfassen. Sie wird als Gegenstand der ökonomisch-politischen Bildung lange virulent bleiben. Das Verhältnis von Markt und Staat wird sich neu austarieren. Initiativen, die im letzten Jahrzehnt versucht haben, ein marktaffines Unterrichtsfach Ökonomie aus der Politischen Bildung herauszuschneiden, werden deshalb an Argumentationskraft verlieren. Die Ursachen, der Verlauf und die Wirkungen der heraufziehenden Krise zeigen allzu deutlich, dass Politik und Wirtschaft zwei wechselseitig aufeinander bezogene und miteinander verflochtene Systeme sind, die innerhalb der Politischen Bildung thematisiert werden müssen.

Für die Politische Bildung ist es seit den 1970er Jahren ein tragfähiger Konsens, dass nicht Meinungen und Ideologien, sondern Urteile und Kontroversen das Unterrichtsgeschehen leiten müssen. Wenn die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses für das ökonomische Lernfeld zu Grunde gelegt werden, ist letztlich egal wie das Unterrichtsfach heißt.

**bap: Haben wir vielleicht in der außerschulischen wie in der schulischen politischen Bildung ein Vermittlungsproblem? Das „Phänomen Obama“ zeigt doch, dass Menschen für Politik mobilisierbar sind.**

Die Politische Bildung – insbesondere die außerschulische - zählt methodisch zu den kreativsten und innovativsten Bildungsbereichen. Die schulische Fachdidaktik hat in der Vergangenheit enorm von den Freiräumen und der Experimentierfreude der informellen Politischen Bildung profitiert. Obamas Wahlkampf zeigt aber, dass es insbesondere im Bereich der neueren Telekommunikationsmedien ein noch nicht hinreichend erschlossenes Potenzial der politischen Kommunikation und bürgerschaftlichen Partizipation gibt. Ansonsten hat das „Phänomen Obama“ sicherlich viel mit seinem Charisma zu tun und ist deshalb nicht einfach übertragbar.

**bap: Warum nicht?**

Im Politischen System Deutschlands besteht weniger Raum für eine derartige Personalisierung. Im Fall Obama hat sie zu einer breiten Politisierungs- und Partizipationswelle geführt. Das plebiszitäre Element, das wir daran bewundern, kann aber auch leicht in Popularisierung umschlagen. Deshalb ist es richtig, dass wir in Deutschland ein Primat der politischen Institution gegenüber der politischen Person haben. Das macht Politik vielleicht manchmal langweilig. Es muss aber nicht daran hindern, partizipative Demokratieelemente an anderer Stelle zu stärken.

**bap: Lassen sich daraus etwa Konsequenzen für die Didaktik der politischen Bildung ableiten?**

Die Politische Bildung kann aus dem amerikanischen Beispiel sicherlich Lehren für die Entwicklung neuer Methoden ziehen. Aufmerksam sollte uns insbesondere machen, dass die neuen Medien nicht nur der Vermittlung politischer Inhalte, sondern auch dem Transport politischer Handlungen dienen.

**bap: Sehen Sie Aufgaben, denen sich die schulische und außerschulische politische Bildung gemeinsam stellen?**

Der Diskurs der schulischen und der außerschulischen Politischen Bildung ist in den vergangenen Jahren viel zu weit auseinander gedriftet. Mit der Deutschen Vereinigung für Politischen Bildung (DVPB) ist es mir ein Hauptanliegen die Kommunikation zwischen den Akteurinnen und Akteuren der Politischen Bildung in Schule, Wissenschaft, staatlichen Organisationen und Trägern der Zivilgesellschaft zu verbessern. In der Politischen Bildung benötigen wir vielfältige Verbände aber auch eine Vertretung unserer gemeinsamen Interessen. Diese sind:

- Die Entwicklung des Bürgerbewusstseins mit dem Ziel der Mündigkeit.
- Die Befähigung zu rationaler Urteilsbildung, reflektierter Kritik und politischer Partizipation durch Bildungsprozesse.
- Die Förderung einer politischen Kultur, die demokratiegestaltend ist.

**Dirk Lange** ist Professor für die Didaktik der Politischen Bildung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Sein zentraler Forschungsgegenstand ist das Bürgerbewusstsein. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte liegen in der Politischen Bildungsforschung, Historisch-politischen Didaktik, der Politischen Lehr-Lernforschung, der Alltagsorientierung und Migrationspolitischen Bildung. Lange ist Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und Sprecher der Sektion Politische Bildung und Politische Wissenschaft in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). Er gibt im Westermann-Verlag die Fachzeitschriften „Praxis Politik“ und „Praxis Wirtschaft“ heraus. Gemeinsam mit Volker Reinhardt ist er Herausgeber des sechsbändigen Handbuches „Basiswissen Politische Bildung“ im Schneider Verlag.

[zur Übersicht](#)

### 3. KRISENZEITEN FÜR WEITERBILDUNG NUTZEN

#### In Köpfe und Gebäude investieren – bap-Verlautbarung zum Konjunkturpaket II

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) begrüßt die im Konjunkturpaket II der Bundesregierung geplanten Ausgaben für die Sanierung von Bildungseinrichtungen, fordert aber die Einbeziehung der Weiterbildungseinrichtungen. Gleichzeitig regt der bap an, bei verstärkt anfallender Kurzarbeit die frei werdende Zeit als Lernzeit auch für Angebote der allgemeinen und politischen Weiterbildung zu nutzen.

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir in Köpfe und Gebäude gleichermaßen investieren“, so Theo W. Länge, Vorsitzender des bap, dem Zusammenschluss von 30 bundesweit arbeitenden Trägerverbänden und Organisationen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Länge erinnert an die breit angekündigte „Bildungsoffensive“ von Bund und Ländern auf dem Bildungsgipfel Ende Oktober letzten Jahres. „Wenn die Politik es ernst meint mit dem Anspruch, Deutschland müsse „Bildungsrepublik“ werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, dann muss sie nun entsprechend handeln“, so Länge. Nach wie vor liegen in Deutschland die Ausgaben für Bildung knapp ein Prozent unter dem OECD-Durchschnitt von sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Meist allerdings ist der Blick dabei verengt auf die Bereiche Schule und Hochschule, notwendige Investitionen in Weiterbildungseinrichtungen bleiben aus. „Wer Lebenslanges Lernen fordert, muss auch in Weiterbildung investieren, und zwar sowohl in Infrastruktur wie auch in Inhalte“, so Länge weiter. Gebäude und Ausstattung von Weiterbildungseinrichtungen seien vielfach dringend sanierungs- und modernisierungsbedürftig und dürften vom Konjunkturpaket nicht ausgeschlossen werden.

Weiterhin sollten Ausfallzeiten, bedingt etwa durch Kurzarbeit, von Betrieben aber auch jedem Einzelnen mit Weiterbildungsmaßnahmen sinnvoll genutzt werden. Von einer Engführung rein auf die berufliche Weiterbildung rät Länge dabei ab. Die jetzt angekündigten Sonderprogramme sollten daher neben der beruflichen auch die Förderung der allgemeinen und politischen Weiterbildung umfassen. Gerade Maßnahmen in diesen Bereichen tragen zum Erwerb gesellschaftlicher Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen bei.

Nach Aussage von Bundesbildungsministerin Annette Schavan ist „die Bildungsrepublik ein Land, das den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt“. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch die Stärkung von Bürgerkompetenzen jedes Einzelnen, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen sowie das Verständnis für die gemeinsamen Werte und die Achtung der Grundsätze der Demokratie zu festigen.

[zur Übersicht](#)

### 4. SCHAVAN: „WEITERENTWICKLUNG DES BILDUNGSSYSTEMS ALS ZUKUNFTSAUFGABE“

#### 11 Mio. EUR aus dem Konjunkturprogramm II für Bildung

Anlässlich der Eröffnung der didacta 2009 in Hannover betonte Bildungsministerin Annette Schavan die Notwendigkeit, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in die Weiterentwicklung des Bildungssystems zu investieren. So würden 11 Milliarden Euro aus dem Konjunkturprogramm II in Investitionen für Bildung fließen. „Das ist das größte Investitionsprogramm für Bildung, das es je in Deutschland gab. Es ermöglicht die Sanierung von Gebäuden und die Modernisierung von Lernumgebungen“, so die Ministerin in ihrer Eröffnungsrede.

Im Zentrum der Bemühungen stünde dabei die Verbesserung der Qualität von Bildung. Die Ministerin formulierte hierzu fünf Leitgedanken ihrer Politik: Neben der Gestaltung „anregender Lernumgebungen“ für Kinder und Jugendliche, der „Anschlussfähigkeit“ bei Schulabschlüssen und der Durchlässigkeit des Bildungssystems seien dies einheitliche Bildungsstandards von Bund und Ländern. Auch müsse sich das deutsche Bildungssystem als Teil des Europäischen Bildungsraumes begreifen. Zudem werde die Bildungsforschung mit der Einrichtung des „Nationalen Bildungspanels“ (NEPS) verstärkt.

Mit Blick auf die Weiterbildung unterstrich Schavan: „Bildung beginnt nicht erst in der Schule und endet nicht mit dem Abschlusszeugnis. Bildung beginnt in der Familie. Bildungsbiografien entwickeln sich ein Leben lang“.

Aus Sicht der Weiterbildungsträger muss sich das deutlich in der Bildungspolitik niederschlagen. „Politische Bildung leistet einen wertvollen Beitrag in der Familienbildung, aber auch weit darüber hinaus“, so Theo W. Länge, Vorsitzender des bap. „Wenn Frau Schavan betont, dass Bildung die ‚kulturelle Verfassung des Gemeinwesens‘ ausmacht und von Lehrerinnen und Lehrern als ‚Kulturschaffenden‘ spricht, dann darf sie dabei die allgemeine und Politische Bildung nicht außer Acht lassen“. Gerade die Angebote der außerschulischen Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung seien es, die mit innovativen und kreativen Ansätzen auch die erreichten, die durch das Netz der formalen Bildung gefallen seien. „Mit sehr individuellen und teils niederschweligen Angeboten eröffnen wir auch den Lernschwachen und Bildungsfernen Perspektiven“, so Länge.

Die komplette Rede von Bundesministerin Annette Schavan finden Sie [hier](#)

[zur Übersicht](#)

## 5. AKTIONSTAGE POLITISCHE BILDUNG VOM 5. BIS 23. MAI 2009

### „Preis Politische Bildung“ und „Lange Nacht der Demokratie“

Mehr als 350 Veranstaltungen bundesweit sind bereits zu den Aktionstagen Politische Bildung angemeldet und es werden täglich mehr. Vom 5. bis 23. Mai 2009 sind alle Akteure der Politischen Bildung eingeladen, die Vielfalt der Aktionen auf dem Gebiet der politischen Bildungsarbeit zu präsentieren und gezielt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das breite und wichtige Angebot politischer Bildung in Deutschland lenken. Das Programm ist vielfältig: Es reicht von Seminaren, Vorträgen, Trainings und Stadterkundungen bis hin zu Kulturevents, Studienreisen, Quizveranstaltungen. Die Aktionstage finden in ganz Deutschland, in Österreich, Südtirol und dem deutschsprachigen Teil Belgiens statt.

#### **Auftakt: Verleihung „Preis Politische Bildung“ am 5. Mai in Berlin**

Im „Jahr der Jubiläen“ (20 Jahre Mauerfall und 60 Jahre Grundgesetz) feiern auch die Aktionstage ein kleines Jubiläum. Sie finden zum fünften Mal statt. Zum Auftakt am 5. Mai 2009 wird in Berlin der „Preis Politische Bildung“ verliehen. Mit finanzieller und ideeller Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung wie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird dieser Preis erstmals vergeben. Schirmherr ist Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert.

## **Abschluss: „Lange Nacht der Demokratie“ am 23. Mai in Bonn**

Den Abschluss am 23. Mai bildet eine „Lange Nacht der Demokratie“ mit einer Zentralveranstaltung in Bonn. Erinnerung soll damit an das Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949.

Die Lange Nacht wird schwerpunktmäßig im ehemaligen Bonner Regierungsviertel stattfinden. Geplant sind unter anderem ein Jugendparlament zu aktuellen bildungspolitischen Themen im Alten Wasserwerk, eine Podiumsdiskussion zum Grundgesetz aus muslimischer Perspektive im Museum König sowie eine Quizshow mit Prominenten, Jugendlichen, Politikern/innen und politischen Bildnern/innen zu Grundgesetz und Demokratie. Weiterhin öffnet die Villa Hammerschmidt ihre Tore. Im Rahmen eines „Tag der Offenen Tür“ wird hier die Wahl des Bundespräsidenten übertragen.

Parallel zur Langen Nacht der Demokratie wird auch eine „Lange Nacht der Museen“ stattfinden. Ebenfalls soll es Lichtinstallationen, Kunstaktionen, Ausstellungen, Theateraufführungen, Führungen, Filmprojekte, Veranstaltungen und Aktionen für Kinder, Erwachsene, Jugendliche, Senioren aus unterschiedlichsten Milieus geben. Das Museumsmeilenfest, das am gleichen Tag stattfindet, wird ebenfalls in die Festlichkeiten zur „Langen Nacht der Demokratie“ einbezogen.

## **Über die Aktionstage Politische Bildung**

Bereits zum fünften Mal finden 2009 die Aktionstage Politische Bildung statt. Veranstalter sind die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) sowie die Landeszentralen für politische Bildung.

Der Zeitraum 5. bis 23. Mai für die Aktionstage in Deutschland ist bewusst gewählt. Der 5. Mai 1949 ist der Gründungstag des Europarates. Die Aktionstage machen so das europaweite Anliegen sichtbar, Demokratie und Menschenrechte, Partizipation und aktive Bürgerschaft zu fördern. 2009 findet zum Auftakt am 5. Mai zudem die Verleihung des „Preis Politische Bildung“ des bap statt. Den Abschluss am 23. Mai bildet eine „Lange Nacht der Demokratie“ mit einer Zentralveranstaltung in Bonn. Erinnerung soll damit an das Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949.

Alle Veranstaltungen zur politischen Bildung, die zwischen dem 5. und 23. Mai 2009 stattfinden, werden unter dem Label „Aktionstage Politische Bildung“ bundesweit gebündelt und im Rahmen eines Webauftritts sowie einer Broschüre veröffentlicht. Es gibt keine strikte thematische Festlegung, an der sich die Veranstaltungen orientieren müssen. Alle politischen Bildungsveranstaltungen, die in diesen Zeitraum fallen, können unter dem Label der Aktionstage präsentiert werden.

Weitere Informationen unter [www.bpb.de/aktionstage](http://www.bpb.de/aktionstage)

Informationen zur Langen Nacht der Demokratie erteilt die Bundeszentrale für politische Bildung, Svetlana Alenitskaya, E-Mail [alenitskaya@bpb.de](mailto:alenitskaya@bpb.de)

[zur Übersicht](#)

## 6. „ORTE DER VIELFALT“ GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE

Bewerbungen noch bis zum 28. Februar 2009 – bap unterstützt als Partner die Aktion der Bundesregierung

---

„Orte der Vielfalt“, ein Projekt der Initiative „Vielfalt tut gut“ der Bundesregierung geht in die zweite Runde. Noch bis zum 28. Februar können sich Städte, Gemeinden und Kreise bewerben. Bei einer offiziellen Auszeichnungsveranstaltung am 25. Mai 2009 in Berlin werden alle Orte geehrt, welche die Kriterien eines „Ortes der Vielfalt“ erfüllen.

Wenn Rechtsextreme versuchen, ihr menschenverachtendes und demokratiefeindliches Gedankengut in der Gesellschaft und vor allem unter jungen Menschen zu verbreiten, dann müssen die demokratischen Kräfte dem entschieden entgegenwirken. Dies gemeinsam zu erreichen und aktiv für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Deutschland einzutreten, ist das Ziel der Initiative „Orte der Vielfalt“, die die Bundesregierung ins Leben gerufen hat.

Die Initiative will Städte, Gemeinden und Kreise in ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützen und gemeinsam mit ihnen ein Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Deutschland setzen. Alle Kommunen, die sich in besonderem Maße für diese Zielsetzung engagieren, zeichnet die Bundesregierung mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ aus.

In der ersten Runde ehrte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, im September 2008 66 Kommunen aus ganz Deutschland für ihr beispielhaftes Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Symbolisch überreichte er ihnen ein entsprechendes Ortsschild.

Der bap unterstützt als Partner diese Initiative, die im November 2007 als Teil des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, gestartet wurde. „Der Bundesausschuss Politische Bildung hat immer wieder betont, dass die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Entwicklung einer demokratischen Kultur Daueraufgabe aller gesellschaftlichen Akteure ist“, erläutert Theo W. Länge, Vorsitzender des bap, die Hintergründe für das Engagement. „Prävention bietet die größte Gewähr für ein friedliches Zusammenleben, Toleranz und gewaltfreie Auseinandersetzung“, so Länge weiter. Der Bundesausschuss und seine Mitglieder bieten hier zahlreiche bundesweite und lokale Projekte sowie Netzwerkaktivitäten an, etwa im Bereich der Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen, der Informationsvermittlung über die rechtsextreme Szene in Deutschland und dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

### **Hintergrund: Das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“**

Mit dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ knüpft die Bundesregierung an das bisherige Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit den Teilprogrammen Entimon, Civitas und Xenos an.

Ziel des Programms ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, zu bekämpfen. Die Zielgruppen sind u.a. Jugendliche in strukturschwachen Regionen, männliche Jugendliche mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit, Migrantinnen und Migranten wie auch Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und lokale Meinungsträger aus Kirchen, Vereinen und Politik.

Dabei setzt das Programm insbesondere auf die Förderung präventiv-pädagogischer Konzepte in den Bereichen soziale Integration, interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung, interreligiöses

Lernen; kulturelle und geschichtliche Identität, Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen sowie Demokratie- und Toleranzziehung.

Insgesamt 19 Mio. EUR jährlich stehen in der ersten Programmphase 2007 – 2010 zur Verfügung. Gefördert werden Projekte in den beiden Schwerpunkten „Lokale Aktionspläne“ zur Stärkung der demokratischen Strukturen vor Ort und „Modellprojekte“ zur Entwicklung und Erprobung neuer Methoden zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Die Zuständigkeit liegt beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Eine Übersicht der Bewerbungsmodalitäten und Hilfestellungen zur Bewerbung finden sich unter: [www.orte-der-vielfalt.de](http://www.orte-der-vielfalt.de).

Weitere Informationen zum Programm: [www.vielfalt-tut-gut.de](http://www.vielfalt-tut-gut.de)

[zur Übersicht](#)

## 7. PRAXIS POLITISCHE BILDUNG 1/2009 ERSCHIENEN

Thema: „Politische Bildung im Wahljahr“

Die aktuelle Ausgabe der vom bap herausgegebenen Zeitschrift „Praxis Politische Bildung“ beschäftigt sich mit dem Thema „Politische Bildung im Wahljahr“. Seichtes Politainment oder gediegene Information? PPB präsentiert Konzepte und Denkanstöße, wie man im „Superwahl“ dem Desinteresse gegenüber dem Politikbetrieb begegnen kann. Mehr Informationen finden Sie im Editorial:

### Editorial

Es gab eine Zeit, da war politische Bildung durch Wahlen und Wahlkampf als Informationsaufgabe besonders gefordert. Sie musste sich darum kümmern, das Angebot an Partei-, Programm- und Personalalternativen dem Publikum bekannt und transparent zu machen, Materialien zu erstellen, Präsentationen und Debatten zu moderieren. Das hat sich mit der Durchsetzung der Mediengesellschaft einschneidend verändert. An Informationen herrscht heute kein Mangel mehr, im Gegenteil. Vom seichten Politainment bis zur gediegenen Analyse ist alles präsent oder erreichbar; der Zugang zu Schriften und Materialien, aber auch zu internen Papieren und Hintergrundwissen steht, dank Internet, allen offen.

Beim Umgang mit Information geht es jetzt um etwas anderes – nämlich darum, eine Art Gegenöffentlichkeit, Raum für Orientierung und Reflexion schaffen. In einer Hinsicht ist die Aufgabe der politischen Bildung allerdings gleich geblieben. Sie hat sich nach wie vor mit Distanz und Desinteresse gegenüber dem Politikbetrieb in breiten Teilen der Bevölkerung und nicht nur bei einer eng umrissenen „politikfernen“ Zielgruppe auseinander zu setzen; sie muss Menschen, die sich von der Politik nichts mehr erwarten und die durch die herrschende Form des Wahlkampfens in dieser Haltung eher bestärkt werden, darauf aufmerksam machen, dass ihr Beschluss zur politischen Abstinenz eben auch eine politische Wahl einschließt – nämlich die, zum Objekt von Entscheidungen zu werden.

Die vorliegende Ausgabe von PPB will die Kombination von Daueraufgabe und aktuellen Herausforderungen der Bildungsarbeit an einigen Facetten des „Superwahljahrs“ 2009 verdeutlichen. Thomas von der Gönna (Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar) und Helmut Schuchardt (Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen) eröffnen das Heft mit dem programmatischen Beitrag „Du hast die Wahl!“, der die aktuellen Informations- und Motivationsaufgaben der politischen Bildung an einem Projekt verdeutlicht und dabei auf die

Schwierigkeiten von Erst- und Jungwählern mit der Politik eingeht. Die Situation der Jungwähler ist auch der Ansatzpunkt von Cornelia Klepp (Universität Wien), die von der Absenkung des Wahlalters in Österreich und den flankierenden Maßnahmen der politischen Bildung berichtet. Vinzenz Bosse stellt die Erfahrungen mit dem „Wahl-O-Mat“ der Bundeszentrale für politische Bildung vor, der weit über die Bildungsszene hinaus als Wahl-Hilfestellung auf Interesse gestoßen ist.

Dr. Rudolf van Hüllen geht anschließend auf die aktuellen Entwicklungen am rechten Rand des Parteienspektrums ein und thematisiert die damit verbundenen Herausforderungen für die politische Bildung. Horst Schmitthener (IG Metall) wechselt dann den Blickwinkel: Er widmet sich nicht den Parteien und Politikern, sondern der Rolle zivilgesellschaftlicher Bewegungen im Wahljahr und informiert über eine konkrete Initiative, Einfluss auf einen Politikwechsel zu nehmen. Thomas Heckeberg (Netzwerk EUNET) richtet last but not least die Aufmerksamkeit auf das Europathema und stellt eine Kooperationsplattform der europapolitischen Jugend- und Erwachsenenbildung vor.

\*

Unter UMSCHAU berichtet Dr. Helle Becker über die Israel-Studienreise für Verantwortliche der außerschulischen Bildung, die die Bundeszentrale für politische Bildung im Dezember 2008 durchgeführt hat. Abschließend gibt es einen Beitrag von Johannes Schillo (Redaktion PPB), der die fachliche Debatte zum Thema Antirassismus resümiert.

\*

Die weiteren Rubriken bringen Nachrichten, Kommentare und Materialien zur außerschulischen Bildungsszene, so die Stellungnahme des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) zum „Bildungsgipfel 2008“ unter DISKUSSION. Mit diesem Statement, aber auch mit den Ausführungen zum Kompetenzbegriff, zum europäischen und nationalen Qualifikationsrahmen, wie sie in PPB 4/08 veröffentlicht wurden, liegt jetzt einiges an Standortbestimmungen der außerschulischen politischen Bildung mit Blick auf das Wahljahr vor, in dem die Bildungspolitik sicher eine prominente Rolle spielen wird.

„Praxis Politische Bildung“ wird herausgegeben vom bap und ist zu beziehen über den [Juventa Verlag](#)

Redaktion: [Johannes Schillo](#)

Eine Übersicht über alle Ausgaben von Praxis Politische Bildung finden Sie auf [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de)

[zur Übersicht](#)

## 8. AUS DEM BUNDESTAG UND DEN AUSSCHÜSSEN

Themen u.a.: Konjunkturpaket, Rechtsextremismus und Integration

### Experten begrüßen Maßnahmen des Konjunkturpakets II für die Bildung

Die Investitionen in Bildung und Forschung im Rahmen des Konjunkturpakets II werden von Sachverständigen grundsätzlich begrüßt. Das wurde in einer Anhörung zu diesem Thema im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 11. Februar deutlich. Dieter Dohmen vom Forschungsinstitut für Bildung und Sozialökonomie sagte, dass dennoch Verbesserungen denkbar wären. "Man hätte im Einklang mit den Beschlüssen des Bildungsgipfels die Betreuung der unter dreijährigen Kinder ausbauen können", erläuterte Dohmen. Achim Meyer auf der Heide vom Deutschen Studentenwerk sagte, der die Investitionen betreffende Begriff solle von Hochschulen auf die Hochschulinfrastruktur ausgeweitet werden. Dann könnten auch Mensen und Studentenwohnheime von den Investitionen profitieren. Dem stimmte Klaus Hebborn vom

Deutschen Städtetag zu. "Der Investitionsbegriff sollte deutlich weiter gefasst werden als die energetische Sanierung von Gebäuden", sagte Hebborn. Die Investitionen sollten vielmehr ein Beitrag zur Verbesserung der Bildung in Deutschland allgemein sein.

Er wies auch darauf hin, dass Investitionen in Infrastruktur auch eine pädagogische Komponente hätten. Schließlich müssten auch die Orte des Lernens zum Lernen anregen. In dem Vorwurf, dass durch die geplanten Investitionen vor allem in Beton und nicht in Köpfe investiert werde, sah Ulrich Thöne von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft "einen wahren Kern". Zwar seien die baulichen Maßnahmen an Schulen und Hochschulen notwendig. Sie zeigten allerdings auch, dass dieser Bereich in der Vergangenheit dauerhaft unterfinanziert gewesen sei. Peter Strohschneider vom Wissenschaftsrat sagte, die vorgesehenen Investitionen müssten "zeitnah, zusätzlich und mit nachhaltiger Wirkung vorgenommen werden". Jürgen Mlynek von der Helmholtz Gemeinschaft sagte, "die Wertschöpfung der Investitionen soll nach Möglichkeit in Deutschland" erfolgen.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 042 vom 11. Februar 2009

---

### **Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Politische Bildung zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterentwickeln**

In ihrem Antrag ([16/11201](#)) vom 3. Dezember 2008 fordert die Fraktion von Bündnis 90/Die den Ausbau der politischen Bildung in Deutschland. Politische Bildung muss im Elternhaus, Schule und Kinder- und Jugendarbeit einen höheren Stellenwert einnehmen, heißt es in dem Antrag vom 3.12.08. Länder und Kommunen seien aufgefordert, Schulen verstärkt zu Orten zu machen, in denen politische Bildung und Beteiligung in Praxis und Theorie mehr Raum einnehmen. Gefordert wird u.a. die lebensbegleitende politische Bildung mit altersgerechten Angeboten, die Gründung von Außenstellen der Bundeszentrale für politische Bildung besonders in sozialen Brennpunkten und ländlichen Gebieten, Wiedereinführung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Förderung zivilgesellschaftlicher (Jugend-)Projekte, demokratischere Gestaltung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Ermöglichung eines direkten Antragsrechts für Initiativen gegen Rechtsextremismus und verstärkt Angebote für Migrantinnen und Migranten

Quelle: Deutscher Bundestag

---

### **Bericht zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements**

Die Bundesregierung soll künftig einmal pro Legislaturperiode einen Bericht zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements vorlegen. Das fordern CDU/CSU- und SPD-Fraktion in einem Antrag ([16/11774](#)). Inhalt solle der Stand der Engagementpolitik einschließlich der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements sein.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 031 vom 29. Januar 2009

---

### **3. 1.071 politisch rechts motivierte Straftaten im November 2008**

Im November vergangenen Jahres sind in Deutschland insgesamt 1.071 politisch rechts motivierte Straftaten registriert worden. Darunter waren 43 Gewalttaten und 757 Propagandadelikte, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([16/11578](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/11474](#)) berichtet. Bei 137 Straftaten - darunter 32 Propagandadelikte und 18 Gewalttaten - sei

ein fremdenfeindlicher Hintergrund festgestellt worden. Dem Themenfeld "Hasskriminalität" seien 267 Straftaten zugeordnet worden, von denen 61 Propagandadelikte und 22 Gewalttaten gewesen seien. Insgesamt 41 Menschen seien im November 2008 infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt worden. Wie es in der Antwort weiter heißt, wurden zu den 1.071 Straftaten insgesamt 485 Tatverdächtige ermittelt und 14 Personen festgenommen. In keinem Fall sei Haftbefehl erlassen worden.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 032 vom 30. Januar 2009

---

### **Mindestens 41 Todesopfer seit Anfang 1990 bei rechtsextremen Delikten**

Seit Anfang 1990 sind in Deutschland mindestens 41 Menschen bei Tötungsdelikten mit tatsächlicher oder zu vermutender rechtsextremer Motivation ums Leben gekommen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung ([16/11579](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/11504](#)) hervor. Danach wurden dem Bundeskriminalamt (BKA) im Zeitraum von 1990 bis 2007 von den Ländern 34 vollendete Tötungsdelikte mit insgesamt 40 Todesopfern gemeldet. Für 2008 sei beim BKA bis zum Stichtag 22. Dezember ein Tötungsdelikt mit einem Todesopfer registriert worden, wobei diese Zahl nur vorläufig sei. Die meisten Delikte und Todesopfer wurden der Antwort zufolge 1992 verzeichnet. Damals kamen laut Bundesregierung bei elf Delikten insgesamt 13 Menschen ums Leben.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 033 vom 3. Februar 2009

---

### **Rund 30 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte im vierten Quartal 2008**

In Deutschland haben in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres laut Bundesregierung rund 30 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte sowie sieben Liederabende stattgefunden. Dabei seien die Skinhead-Konzerte von insgesamt etwa 5.000 Teilnehmern besucht worden, also durchschnittlich von circa 170 Teilnehmern, heißt es in der Antwort der Bundesregierung ([16/11857](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/11693](#)) zu "Musikveranstaltungen der extremen Rechten". Die Liederabende wurden demnach von durchschnittlich circa 60 Personen besucht.

Drei Konzerte wurden den Angaben zufolge im vierten Quartal 2008 von der Polizei aufgelöst. Vier Konzerte seien im selben Zeitraum im Vorfeld verboten beziehungsweise durch "präventive Maßnahmen der Sicherheitsbehörden" verhindert worden.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 047 vom 12. Februar 2009

---

### **Linke fragt nach "Einbürgerungspraxis als Maßstab der Integrationspolitik"**

"Staatsangehörigkeitsrecht und Einbürgerungspraxis als Maßstab der Integrationspolitik" ist das Thema einer Großen Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/11815](#)). Darin betont die Fraktion, dass der Schlüssel zur politischen Integration von Migranten und ihren Kindern in einem "offenen Staatsangehörigkeitsrecht und in vereinfachten Einbürgerungsverfahren" liege. Wissen will die Fraktion etwa, ob eine Erhöhung der Einbürgungsquote für die Bundesregierung ein erstrebenswertes Ziel ist. Ferner verlangt sie Auskunft, welche Angaben sich dazu machen lassen, wie viele nicht-deutsche Staatsangehörige mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Bundesrepublik die

zeitlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung im Jahr 2007 theoretisch erfüllt. Ebenso erkundigt sie sich danach, wie viele Anträge auf Einbürgerung derzeit bei den Einbürgerungsbehörden anhängig sind und wie die durchschnittliche Bearbeitungsdauer dieser Anträge ist. Thematisiert werden in der Vorlage zudem die "höchst unterschiedlichen Einbürgerungsquoten in den einzelnen Bundesländern" und dabei auch "die besonders niedrigen" Quoten in Bayern und Baden-Württemberg. Erfahren möchte sie darüber hinaus unter anderem die Einbürgerungsquoten der anderen EU-Staaten.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 035 vom 5. Februar 2009

[zur Übersicht](#)

## 9. TERMINE UND HINWEISE

### Informationen aus der Politischen Bildung

---

#### **5./6.03.2009: Active Citizenship & Citizenship Education**

Fachtagung im Haus am Maiberg

„Active Citizenship & Education – Europäische Impulse für die politische Bildung“ ist das Thema einer Fachtagung, die das Haus am Maiberg vom 5. bis 6. März 2009 veranstaltet. Mit der Tagung wollen die Veranstalter Vertreter der Politikdidaktik, der Praxis der formalen wie der non-formalen Politischen Bildung, der Politik und Verwaltung sowie international arbeitende deutsche Experten zum interdisziplinären Dialog zusammen führen. Die Fachtagung findet in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Landesverband Hessen, der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, dem Transferausschuss „Demokratie lernen und leben“ des Hessischen Kultusministeriums, Weiterbildung Hessen e.V. und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik statt.

Im Zentrum der Tagung steht die Frage, welche Konzepte und Leitbilder von Citizenship Education und Politischer Bildung auf europäischer Ebene und in anderen europäischen Ländern diskutiert und praktiziert werden und worin sich diese unterscheiden und ergänzen.

Der Teilnahmebeitrag liegt bei 50 Euro. Anmeldung und Information bei Benedikt Widmaier, Haus am Maiberg, Tel.: 06252 9306-11, [b.widmaier@haus-am-maiberg.de](mailto:b.widmaier@haus-am-maiberg.de)

---

#### **10./11.03.2009: Vom Skandalisieren der Arbeitslosigkeit zur Skandalisierung der Erwerbsarbeit**

Fachtagung im Haus am Maiberg

Das Haus am Maiberg veranstaltet vom 10. bis 11. März 2009 eine Fachtagung zum Thema „Vom Skandalisieren der Arbeitslosigkeit zur Skandalisierung der Erwerbsarbeit - Ein Thema der Politischen Bildung“. Es richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der (Politischen) Bildung und Interessierte. Bei der Tagung soll der Blick auf die mit der Erwerbsarbeit verbundenen Probleme gerichtet werden. Denn nicht nur mit Arbeitslosigkeit, die sehr häufig und zu Recht thematisiert wird, können Probleme verbunden sein. Auch die Erwerbsarbeit ist Veränderungen ausgesetzt und stellt Erwerbstätige vor vielfältige Herausforderungen. Mit der Verdichtung, Entgrenzung, Flexibilisierung und (Geschlechter-) Gerechtigkeit sind Fragen verbunden, die bei dieser Tagung als Themen der politischen Bildung fokussiert werden.

Kooperationspartner sind der AKSB, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Vereinigung für politische Bildung/Landesverband Hessen, der Caritasverband für die

Diözese Mainz e.V., das Zentrum für gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau, das Referat Berufs- und Arbeitswelt im Bistum Mainz und das Institut für Allgemeine Pädagogik der Technischen Universität Darmstadt.

Der Teilnahmebeitrag liegt bei 50 Euro.

Weitere Informationen erteilt: Titus Möllenbeck, Haus am Maiberg, Tel.: 06252 9306-12/15, E-Mail [t.moellenbeck@haus-am-maiberg.de](mailto:t.moellenbeck@haus-am-maiberg.de)

---

**Neues aus dem DARE Netzwerk([www.dare-network.eu](http://www.dare-network.eu))**

**02.04.2009, 16 Uhr: Anhörung im Europaparlament Brüssel - Education for Democratic Citizenship and Human Rights in Europe.**

Exchange of views / Public Hearing with DARE and MeP's/stakeholders from the European level. Dies ist die erste Anhörung zur Lage der non-formalen politischen Bildung in Europa vor dem Europaparlament überhaupt.

Information und Anmeldung bis zum bis 20. Februar bei Georg Pirker, Referent, [pirker@adb.de](mailto:pirker@adb.de).

**01. – 09.04.2009: DARE Human Rights Spring Academy – Europäisches Seminar zu Methoden der Menschenrechtsbildung für die Jugendarbeit**

Internationales Haus Sonnenberg

Vom 1. - 9. April 2009 wird im Internationalen Haus Sonnenberg ein Methodentraining zu Menschenrechtsbildung in der Jugendarbeit stattfinden. Angesprochen sind ca. 30 Trainer/innen und Fachkräfte aus ganz Europa, die über Erfahrungen in der Jugendbildungsarbeit verfügen und ein Interesse daran haben, das Thema Menschenrechte in ihre bisherige pädagogische Arbeit mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Veranstaltung wird ein breites Spektrum an Methoden der Menschenrechtsbildung für die (internationale) Jugendarbeit vermittelt. Dazu befassen sich die Teilnehmenden zunächst mit der Herkunft und den Zielen der Menschenrechte, um sich im nächsten Schritt darüber auszutauschen, wie das Thema in die eigene Jugendarbeit integriert werden kann. Dies geschieht durch kurze fachliche Referate und eine Vielfalt an aktivierenden Methoden (Rollenspiele, Simulationen, Diskussionen in Kleingruppen, World-Café, Open Space etc.). Die Aufteilung in Workshops mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten ermöglicht eine Fokussierung auf einzelne Themen und eine intensive Arbeitsweise in kleineren Gruppen. Ziel des Trainings ist es, dass die Teilnehmenden ein breites Repertoire an Methoden und Herangehensweisen mitnehmen, um das Thema Menschenrechte mit Jugendlichen im eigenen Land auf wirkungsvoll zu bearbeiten. Darüber hinaus werden (in internationalen Gruppen) konkrete Projektideen für eine Verbreitung der Menschenrechtsbildung in der europäischen Jugendarbeit entwickelt.

Informationen und Anmeldung. Katja Pöttsch, Jugendbildungsreferentin, [k.poetzsch@sonnenberg-international.de](mailto:k.poetzsch@sonnenberg-international.de)

---

**07./05.2009: Fachforum Internationale Jugendarbeit und gesellschaftlicher Wandel**  
Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

20 Jahre nach den friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa, 30 Jahre nach der ersten Wahl zum europäischen Parlament, 60 Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten und den damit verbundenen Bemühungen zur Rückkehr in die Staatengemeinschaft und 90 Jahre nach der ersten demokratischen Verfassung in Deutschland (Weimarer Verfassung) nimmt dieses

FachForum International die Bedeutung der Internationalen Jugendarbeit im Prozess des gesellschaftlichen Wandels in den Blick. Das FachForum International 2009 fragt nach dem politischen und demokratischen Selbstverständnis der Internationalen Jugendarbeit, nach den politischen Dimensionen der Praxis und den politischen Wirkungen internationaler Jugendarbeit ebenso wie nach dem Selbstverständnis der Akteure und zentraler Förder- und Unterstützerstrukturen.

Die Kosten betragen 50,00 Euro für Programm, Unterkunft (DZ) und Verpflegung; eine Unterbringung in Einzelzimmern ist gegen Aufpreis möglich. Teilnehmende ohne Erwerbseinkommen erhalten 50% Ermäßigung. Informationen und Anmeldung unter Tel.: +49 (0) 3643/827 0, Fax: +49 (0) 3643/827 111, E-Mail: [ballhausen@ejbweimar.de](mailto:ballhausen@ejbweimar.de) oder [kontakt@ejbweimar.de](mailto:kontakt@ejbweimar.de)

---

### **15. – 17.05.2009: Das Wunder des Mauerfalls und die Mühsal der Einigung** Kooperationstagung der AKSB mit dem Christlichen Bildungswerks DIE HEGGE

Vom 15. bis 17. Mai 2009 veranstaltet das Christliche Bildungswerk DIE HEGGE eine Wochenendtagung zum Thema „Das Wunder des Mauerfalls und die Mühsal der Einigung zwei Jahrzehnte nach der Wende: Wie kam es dazu? – Was muss noch werden?“. Die Tagung möchte die Ereignisse von 1989 und ihre Vorgeschichte – im Osten wie im Westen – neu beleuchten. Es sollen unter anderem folgende Fragen behandelt werden: Wie kam es zum Mauerfall? Wer arbeitete in den Jahren zuvor daran, dass Ost- und Westdeutschland sich nicht ganz aus den Augen verloren? Welche Gruppen, welche Herausforderungen gaben den Bürgern der DDR eine Perspektive? Welchen Anteil haben Christen am Fall der Mauer? Im Anschluss daran soll der Blick auf die Gegenwart gelenkt werden. Als Referenten konnten für diese Tagung u.a. Dr. Herbert Wagner, erster Oberbürgermeister (CDU) von Dresden nach der Wende, und Dr. Reinhard Höppner, von 1994 bis 2002 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, gewonnen werden.

Der Teilnahmebeitrag liegt bei 130 Euro, 65 Euro ermäßigt.  
Weitere Informationen über [www.die-hegge.de](http://www.die-hegge.de)

---

### **Preis Politische Bildung: Jurysitzung und Preisverleihung**

Am 25. März tagt die Fachjury des „Preis Politische Bildung“ in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin. Mitglieder sind Ernst-Reinhard Beck (MdB), Kuratoriumsvorsitzender der Bundeszentrale für politische Bildung, Kerstin Griese, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Veronika Fischer, Fachhochschule Düsseldorf, Schwerpunkt Migrationssozialarbeit, die Journalistin und Autorin Güner Balci sowie je ein/e Vertreter/in von bap, bpb und BMFSFJ.

Der Preis Politische Bildung wird 2009 erstmalig vergeben. Der Themenfokus liegt in diesem Jahr auf Projekten und Veranstaltungen, die Sozial - und Bildungsbenachteiligte mit Migrationshintergrund mit der demokratischen Kultur vertraut machen und zur Partizipation anregen. Die Preisverleihung findet am 5. Mai in der Saarländischen Landesvertretung in Berlin statt.

Informationen unter [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de)

---

## **Europa vermitteln**

### **Handbuch zur europabezogenen Jugendbildung erschienen**

„Europa vermitteln. Handbuch zur europabezogenen Jugendbildung“ ist der Titel eines neu erschienen Handbuches, herausgegeben von JUGEND für Europa – Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION. Es soll einen Überblick über bestehende Ansätze und Akteure der europabezogenen Jugendbildung in Deutschland verschaffen. Außerdem werden Anregungen für erfolgreiche innovative Projekte und neue Methoden gegeben. Zum Inhalt gehören Fachbeiträge, Praxisbeispiele und Tätigkeitsprofile. Ergänzt wird das Buch durch eine beiliegende CD-ROM, die eine Auswahl von 30 Methoden zur europabezogenen Jugendbildung enthält.

Europa vermitteln. Handbuch zur europabezogenen Jugendbildung, spezial Band 5, ISBN: 978-3-00-026508-2. Download und Bestellung unter [www.webforum-jugend.de](http://www.webforum-jugend.de)

---

### **AdB-Zeitschrift „Außerschulische Bildung zum Thema „Zukünfte denken“**

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, herausgegeben vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, widmet sich dem Thema „Zukünfte denken“. Ausgangspunkt ist die Frage, ob der feststellbare Mangel an Utopien oder Vorstellungen von einem besseren Leben die Weiterentwicklung der Gesellschaft behindert, und was politische Bildung zur Zukunftsgestaltung beitragen kann.

In den Artikeln werden die Wirkungen sozialer und politischer Utopien des 19. und 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen und philosophischer Logik beurteilt, werden Perspektiven für die Entwicklungsprozesse in der Gesellschaft unter Beteiligung der unmittelbar davon Betroffenen eröffnet und die Aufgaben von Politikberatung erörtert. Dabei geht es immer auch um die Möglichkeiten der politischen Bildung, solche Prozesse anzuregen, zu organisieren oder zu begleiten.

Bezug über die Geschäftsstelle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: [mikutaviciute@adb.de](mailto:mikutaviciute@adb.de)

---

### **Bildungspanel (NEPS) – größte Langzeitstudie über Bildungsverläufe**

Wie entwickeln sich Kompetenzen im Lauf eines Lebens, welche Faktoren spielen für den Bildungserfolg eine Rolle? Und welchen Einfluss haben Bildungseinrichtungen auf diese Entwicklung? Diese und andere Fragen der Bildungsforschung wird das Nationale Bildungspanel untersuchen und analysieren. In der langfristig angelegten Untersuchung werden 60.000 Bürgerinnen und Bürger verschiedenen Alters über mehrere Jahre hinweg begleitet, um den Verlauf ihrer Bildungswege nachzuvollziehen. Mehr als 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus deutschen Forschungsinstituten sind dabei vertreten.

Das Nationale Bildungspanel für die Bundesrepublik Deutschland (National Educational Panel Study, NEPS) misst die Kompetenzentwicklung im Lebenslauf und wird Antworten auf zentrale bildungspolitische Fragen geben. So kann beispielsweise erstmalig beobachtet werden, wie sich Kinder aus gleichen Herkunftsfamilien und mit gleichen Kompetenzen in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen entwickeln, welche Faktoren positive Entwicklungen begünstigen, mit welchen Einflüssen Scheitern verbunden ist und wie so genannte "Risikofälle" aufgefangen werden können.

Quelle: BMBF, Informationen unter : <http://www.uni-bamberg.de/neps/>

### **GRUNDTVIG Datenbank online**

Die Registrierung in die Datenbank für GRUNDTVIG Lernpartnerschaften ist ab sofort möglich. Antragsteller, die zum ersten Mal mit der Datenbank Multipass arbeiten werden, können ihre Einrichtung dort jetzt registrieren lassen. Dies betrifft diejenigen, die eine GRUNDTVIG Lernpartnerschaft koordinieren werden.

Weitere Informationen zur Antragstellung unter [www.na-bibb.de/antragstellung\\_438.html](http://www.na-bibb.de/antragstellung_438.html)

---

### **Wissenschaftsjahr 2009 unter dem Motto „Forschungsexpedition Deutschland“**

Im Jahr der Jubiläen - Deutschland feiert 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik und den 20. Jahrestag des Mauerfalls - soll auch das Bewusstsein über die Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in der jüngeren deutschen Geschichte geschärft werden. Unter dem Motto "Forschungsexpedition Deutschland" sind die Menschen eingeladen, auf Entdeckungsreise durch die Forschungslandschaft zu gehen: Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung, Kultur und Politik öffnen die Türen ihrer Einrichtungen und laden zum Schulterblick auf neueste Entwicklungen in der Forschung ein. Die Forschungsexpedition will sie für Wissenschaft begeistern und auf die Attraktivität naturwissenschaftlicher Berufe und Ausbildungen aufmerksam machen.

Informationen unter [www.forschungsexpedition.de](http://www.forschungsexpedition.de)

---

### **Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation**

Am 7. Januar 2009 fand die offizielle Auftaktveranstaltung des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation 2009 in Prag statt. Seitdem ist auch die deutsche Internetseite zum Europäischen Jahr [www.ejki2009.de](http://www.ejki2009.de) online. Auf der Internetseite gibt es einen Veranstaltungskalender, Informationen zu nationalen Projekten und Initiativen zum Thema des Jahrs sowie relevante Hintergrundinformationen und Grundlagendokumente zum Download. Weiterhin können eigene Veranstaltungen zum Europäischen Jahr gemeldet werden.

[zur Übersicht](#)

## **10. ABBESTELLUNG**

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an [service@bap-politischebildung.de](mailto:service@bap-politischebildung.de)

## 11. REDAKTION

### **Bundesausschuss Politische Bildung**

Redaktion und Kontakt:

Christina Marx

crossrelations GmbH (GPRA)

Tel.: 0211 • 88 27 36 - 46

Fax: 0211 • 88 27 36 - 11

Mail: [presse@bap-politischebildung.de](mailto:presse@bap-politischebildung.de)

I-Net: [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de)

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.